

SPERRFRIST

Mittwoch, 28. Feb. 2018, 15.30 Uhr

Sabine Steininger
Fraktionsvorsitzende

Kirchgasse 20
95444 Bayreuth

privat
Brandenburger Straße 29A
95448 Bayreuth
Tel. 0921 98804

Bayreuth, 28. Februar 2018

Haushaltsrede 2018

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch wenn in diesem Jahr die zunächst mit acht Prozent angesetzte interne Kürzungsrunde zurückgenommen werden konnte, finden wir diese Methode der Haushaltserstellung nach wie vor kritikwürdig. Hier muss endlich gemeinsam ein Weg gefunden werden, der zu realistischen Anmeldungen aller Dienststellen führt und nicht etwa zur Schaffung stiller Reserven durch überhöhte Anmeldungen, die im Falle einer pauschalen Kürzung gehoben werden können. Nämlich dann, wenn vertragliche Verpflichtungen auf Grund des gekürzten Ansatzes nicht mehr geleistet werden können und über den sog. Deckungsring ausgeglichen werden müssen. Der Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 20. September 2017, den vorhersehbaren Mehrbedarf von sage und schreibe 93.372 Euro für Reinigung, Strom und Wasser am Graf Münster Gymnasium durch Mehrerträge bei den Gastschulbeiträgen diverser Schulen zu decken, ist ein gutes Beispiel für unsere neuerliche Kritik, die wir übrigens bereits 2017 in der Vorwegklärung zum Haushalt formuliert hatten. In Richtung des Kollegen Hacker, der im Anschluss seine Haushaltsrede halten und meine berechtigte Kritik mit seiner üblichen Forderung nach der Vergabe von Budgets für die einzelnen Dienststellen zurück weisen wird, sage ich: Ich sehe eine Deckelung der zur Verfügung stehenden Beträge - was indirekt durch diese internen Kürzungsrunden geschieht - kritisch. Hat solch ein Vorgehen doch zur Folge hat, dass andere Beschaffungen oder Tätigkeiten auf der Strecke bleiben müssen. Daher gilt es das laufende Jahr zu nutzen, um zu einer auch für die Zukunft tragfähigen Lösung zu kommen, da sich bereits im Jahr 2019 die Einnahmensituation maßgeblich verschlechtern wird.

Mit dem Beschluss, den Hebesatz für die Gewerbesteuer von 390 v. H. auf 370 v. H. zu senken, haben die Oberbürgermeisterin und die Mehrheit im Stadtrat selbst für Mindereinnahmen in Höhe von mindestens 3,7 Mio. Euro gesorgt. Wir Grüne und Unabhängige haben diese Entscheidung nicht mitgetragen. Dies bedeutet keinesfalls, dass wir das Engagement der vielen kleinen und mittelständischen Betriebe in unserer Stadt gering schätzen würden, und dass wir das Risiko, das Unternehmensgründer tragen, wenn sie mit einer neuen Geschäftsidee auf den Markt gehen, die Anstrengungen und Verantwortung, die gerade die Geschäftsführer von Traditions- oder Familienunternehmen tragen, die es - was ich persönlich wesentlich herausfordernder finde - am Markt und am Puls der Zeit zu halten gilt, nicht sehen würden. Ihren Einsatz wissen wir sehr wohl zu schätzen. Jedoch sei in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, dass 82 Prozent der Gewerbesteuereinnahmen von 37 ortsansässigen Unternehmen entrichtet werden. Angesichts dieser Zahlen kann die Hoffnung von Bürgermeister Thomas Ebersberger, die Hebesatzsenkung würde neue Unternehmensansiedlungen begünstigen, die dann wiederum die Mindereinnahmen kompensieren würden, getrost als absurd bezeichnet werden. Darüber hinaus handelt es sich keinesfalls, wie von den Befürwortern und Befürworterinnen der Hebesatzsenkung suggeriert, um ein einseitiges Geschäft zu Lasten der Unternehmen, sondern um eines, das auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit basiert: Die Unternehmen erhalten im Gegenzug eine nicht unerhebliche Gegenleistung der Stadt Bayreuth, nämlich eine gut funktionierende Infrastruktur. Investitionen, z.B. in Kinderbetreuung, Schulen und Volkshochschule, Stadt- und Jugendbibliothek, Sport- und Kulturstätten, Spiel- und Boltzplätze, Parks und Grünanlagen, Straßen, Rad- und Fußwege, Parkplätze oder in einen Verkehrslandeplatz (auch wenn unsere Fraktion diese beiden Ausgabenposten gerne gestrichen hätte), in Breitband, den Erwerb von Wohnungsbau- und Gewerbegrundstücken und in eine funktionierende Stadtverwaltung, sind gelebte Wirtschaftsförderung der Stadt Bayreuth.

Doch dies ist nur ein Aspekt, aus dem wir die Absenkung des Hebesatzes nicht mitgetragen haben. Um auch künftigen Generationen Handlungsspielraum bieten zu können, setzen wir als einzige Fraktion auf die strikte Umsetzung des 2017 verabschiedeten Konsolidierungskurses. Dass sich sowohl die Oberbürgermeisterin als auch die Mehrheit dieses Gremiums davon verabschiedet haben, können wir nicht nachvollziehen, zumal allen Verantwortlichen bekannt ist, dass im Jahr 2019 die Bezirksumlage steigen wird, dass es Einbußen bei der Verteilung der FAG-Mittel geben wird, dass die Schlüsselzuweisungen niedriger ausfallen werden, dass mit möglichen Rückforderungen aus bereits entrichteten Gewerbesteuerzahlungen zu rechnen ist, werden diese mit 6 Prozent doch komfortabel verzinst, dass es nach wie vor Unwägbarkeiten hinsichtlich der gesetzlichen Neuregelung der Straßenausbaubeitragssatzung sowie der Grundsteuer B geben wird, und dass auf der anderen Seite die Kosten, z.B. in den Bereichen Jugend und Soziales, beim Bauen wie beim Bauunterhalt weiterhin kontinuierlich steigen werden. In diesem Zusam-

menhang sehen wir die Abschaffung der Straßenausbaubeitragsatzung auch äußerst kritisch, befürchten wir doch, dass künftig alle Steuerzahler hierfür zur Kasse gebeten werden, und dass in der Übergangsphase zunächst die Kommunen die Zeche teuer bezahlen müssen. Dass Sie, Frau Oberbürgermeisterin und ihre Amtskollegen und Amtskolleginnen aus den Reihen der Freien Wähler Hubert Aywanger und Co lauthals jubeln lassen und sich in Schweigen hüllen, können wir nicht nachvollziehen.

Angesichts solcher Herausforderungen dürfte es äußerst schwer fallen, für den Haushalt 2019 eine schwarze Null hinzubekommen. Die ist jedoch erforderlich, um Körperschaften, Vereinen und Verbänden die gewohnten Zuschüsse zahlen zu können, die übrigens mitnichten um 400.000 Euro unterhalb des Vorjahresbetrages liegen. Vielmehr ist diese vermeintliche Absenkung dem Umstand geschuldet, dass Durchlaufposten wie Sanierung des SVB-Hallenbads, der Beitritt zum VGN und die Einnahmen aus Bandenwerbung bereinigt wurden.

Um eines klarzustellen: Auch unsere Fraktion will ehrenamtliches Engagement der Bayreuther Bürgerinnen und Bürger auch künftig verlässlich fördern und unterstützen. Dabei ist es für uns jedoch unerlässlich, diese jedes Jahr auf's Neue auf den Prüfstand zu stellen, um gegebenenfalls dort zu kürzen, wo städtisches Geld nicht wirklich benötigt wird, und dort zu investieren, wo Neues entsteht. Ein Verein, dessen Verantwortliche nicht einmal bemerken, dass Ihnen knapp 200.000 Euro entwendet wurden, verdient keine städtische Unterstützung. Es wäre unseres Erachtens daher durchaus angemessen gewesen, wenn die Stadt Bayreuth die bestehenden Verträge, insbesondere für die anteilige Übernahme der Geschäftsführervergütung, gekündigt hätte. Anders als man es uns in den Mund legen möchte, wollen auch wir das Zentrum als Veranstaltungsort erhalten. Daher haben wir auch zugestimmt, den vertraglich vereinbarten Betriebskostenzuschuss in Höhe von 160.000 Euro für 2018 zu zahlen, jedoch tatsächlich freiwillige Leistungen in Höhe von 38.200 Euro sowie vertragliche Personalkostenzuschüsse zu streichen. Nicht zu überbieten war die Dreistigkeit in der Haushaltsberatung mit der Kulturpfleger und CSU-Fraktionsvorsitzender Dr. Stephan Specht die ehrenamtliche Leistung im Trägerverein gewürdigt hatte. Bei einem Verein, der im Jahr 2018 Personalkostenzuschüsse in Höhe von insgesamt 78.400 Euro erhält von ehrenamtlichem Engagement zu sprechen halte ich für absolut unangebracht.

Dieser Haushalt enthält eine ganze Reihe von Maßnahmen, die eine ökologische Stadtentwicklung, zu der u. a. ein ressourcenschonender Umgang mit Flächen und ein Umdenken bei der Gestaltung und Planung von Mobilität in der Kommune gehören, ad absurdum führen. Als Beispiel sei die Neuordnung des ruhenden Verkehrs in der Peuntgasse für knapp 370.000 Euro genannt. In diesem Zusammenhang darf der Umstand, dass man sich in Bayreuth immer noch einen Verkehrslandeplatz mit einem voraussichtlichen jährlichen Defizit in Höhe von über 400.000 Euro

gönnt natürlich nicht fehlen. Damit liegt der Ansatz 2018 um 40.000 Euro über dem Ansatz 2017, bzw. dem Ergebnis 2016, und das, obwohl die Gebühren erhöht wurden, was sich auf der Einnahmenseite übrigens kaum niederschlägt. Hier darf getrost weiterhin die Frage gestellt werden, wem dies nutzt. Weitere Beispiele dafür, dass weder die Oberbürgermeisterin noch die Mehrheit des Gremiums gewillt ist, den Klimawandel und die damit einher gehenden Herausforderungen anzuerkennen und endlich ein Umdenken in Sachen Umwelt- und Naturschutz an den Tag zu legen, ist die Erschließung neuer Wohnbaugebiete am Stadtrand (z.B. Oberkonnersreuth), oder die innerstädtische Nachverdichtung auf klimatologisch besonders bedeutsamen Flächen (z.B. die Maßnahme Scheffelstraße/99 Gärten sowie Carl-Burger-Straße/99 Gärten) sowie der Erwerb weiterer Flächen zum Zwecke der Wohnbebauung. Auf Dauer wird es nicht möglich sein, immer mehr Infrastruktur (Straßen, Wege, Kanäle, etc.) mit immer weniger Bürgerinnen und Bürgern zu unterhalten. Hier wird nicht nur immer mehr Fläche versiegelt, sondern auch Lebensraum von Pflanzen und Tieren zerstört.

Ein weiteres Beispiel für eine kostspielige, nicht nachhaltige, sondern im letzten Jahrhundert verharrende Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsförderungspolitik ist die Bereitstellung von Planungsmitteln für ein Regionales Innovationszentrum in Höhe von 250.000 Euro für die Haushaltsjahre 2018 und 2019. Hier bürdet sich die Stadt Bayreuth für viele Jahre erhebliche Kosten auf, um Start-ups, deren Gründer es nach einem Studium an der „Unternehmer-Universität“ Bayreuth und einem kurzen Aufenthalt im Inkubator, noch immer nicht geschafft haben mit ihrer Geschäftsidee auf eigenen Füßen zu stehen, ein paar weitere Jahre mit dem Geld der Bayreuther Bürgerinnen und Bürger durchzuschleusen. Scheitern diese dann nach zwei weiteren Jahren Subventionierung, wird es heißen, die städtische Unterstützung sei nicht ausreichend gewesen, und die Universität Bayreuth ist fein raus, hat sie doch den Schwarzen Peter einfach an die Stadt weitergeschoben. Entrepreneurship und Wirtschaftsförderung sehen für uns anders aus. Die Investitionen in die Bayreuther Stadthalle, in ein Haus für Alle und Alles, die Stadt als verlässliche Auftraggeberin, das ist gelebte Wirtschaftsförderung von der nicht nur einige wenige, sondern alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt profitieren.

Apropos Bürgerinnen und Bürger, was mögen die sich angesichts der von CSU und SPD entfachten Diskussion, die Aufwendungen für die Bewirtung der Delegationen aus den Partnerstädten um ca. 15.000 Euro auf künftig 100.000 Euro zu reduzieren gedacht haben? Bei der Mehrheit des Stadtrats geht es hier um die Wurst, pardon den Leberkäse? Wir Grüne und Unabhängige haben auch hier eine klare Position: Uns geht es um Inhalte und darum, wie wir unsere Städtepartnerschaften nicht nur als Mandatsträger, sondern vor allem auf Ebene der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere unserer jungen Leute in Zeiten zunehmenden Nationalismus weiterentwickeln und beleben können. Solange wir in sämtlichen Kommissionen für die Städtepartnerschaften

jedoch keinen Sitz und somit auch keine Stimme haben, bleibt es uns verwehrt in eine inhaltliche Diskussion einzusteigen.

Auch wenn wir den Umstand, dass im Jahr 2018 alle Darlehen, deren Zinsbindungsfrist ausläuft, getilgt werden sollen, positiv bewerten, kann ich insgesamt für unsere Fraktion nur ernüchert feststellen, dass der Haushalt 2018 ein Weiterso nach alten Mustern darstellt. Ansätze hin zu einer ökologischen Stadtentwicklung, zu mehr Nachhaltigkeit - insbesondere im Hinblick auf Investitionsmaßnahmen und deren Folgekosten - sucht man ebenso vergebens wie den Mut der Mehrheit des Gremiums, im Sinne einer echten Haushaltskonsolidierung zum eigenen Klientel einmal Nein zu sagen und auf Prestigeobjekte zu verzichten. Dies ist keinesfalls nur der Oberbürgermeisterin und der Fraktion der Bayreuther Gemeinschaft geschuldet, sondern vielmehr den Anträgen und dem Druck aus den Reihen von CSU, SPD, FDP/DU und dem Jungen Bayreuth.

Diesem Haushalt, der weitaus mehr ist als ein Zahlenwerk des Finanzreferats, sondern eine Addition von Beschlüssen und Weichenstellungen für die Zukunft, die wir größtenteils nicht mitgetragen haben, wird unsere Fraktion daher nicht zustimmen.

Vielen Dank!

Sabine Steininger
Fraktionsvorsitzende

Es gilt das gesprochene Wort.